

PRESSEMELDUNG

Internationaler Tag der Familie: Wer wird gefeiert, wer wird vergessen? Migrierte und geflüchtete Frauen für eine menschliche Familienpolitik

Am 15. Mai 1993 wurde zum ersten Mal der Internationale Tag der Familie gefeiert. Heute, am 15. Mai 2022, erreichen uns täglich Bilder von Familien auf der Flucht, die Familienmitglieder verabschieden und nicht wissen, wann sie sich wiedersehen werden. Wir erinnern uns an die dramatischen Szenen letzten Sommer am Flughafen in Kabul, an dem eine Mutter ihr Baby an US-Amerikanische Soldaten übergibt, aus schierer Angst vor den Taliban. Wir erinnern uns an die Bilder von Frauen und Kinder, die ihre Ehemänner, Väter und Söhne an den Grenzen der Ukraine zurücklassen müssen. Diese Bilder erinnern uns daran, was Familie für uns bedeuten kann. Sie erinnern uns aber auch an all die Hindernisse, die migrierte und geflüchtete Personen und Familien in Deutschland und der Welt erleben, wenn es unter anderem um Fragen zu Familiennachzug und-zusammenführungen geht.

DaMigra richtet am heutigen Tag als Sprachrohr der Migrantinnen und geflüchteten Frauen daher die Aufmerksamkeit auf all die Familien, denen das Recht entzogen wird, zusammen zu sein. Die rechtlichen Voraussetzungen für den Familiennachzug sind für viele geflüchtete Personen schlichtweg unerreichbar.

DaMigra kennt viele dieser Geschichten aus der ganzen Bundesrepublik. Die Geschichte der Äthiopierin Ayana* (Name geändert) aus Hessen ist beispielhaft dafür, welche Entscheidungshoheit Staaten des globalen Nordens über die Schicksale Geflüchteter haben. Jene Staaten sind es, die entschieden, welcher Krieg und welche Krisenregion als solche anerkannt werden. Ayana floh vor 9 Jahren aus dem Südsudan, seitdem wartet sie darauf ihre Kinder im Zuge des Familiennachzuges zu sich nach Deutschland zu holen. Bisher kämpfte sie ohne Erfolg: Den Behörden nach sei es nicht erkenntlich, dass es sich hierbei tatsächlich um ihre Kinder handle, da keine Pässe vorliegen. In Kriegsgebieten passiert es häufig, dass Pässe verloren gehen und/oder Menschen nicht amtlich registriert werden können. So verhält es sich auch mit den Kindern von Ayana. Obwohl gesetzlich festgelegt ist, dass in Situationen, in denen eine Ausstellung des Passes nicht möglich ist, auch andere Dokumente als Nachweis der familiären Abstammung gelten können, erkannte die zuständige Behörde diese nicht an. Bis heute warten Ayanas Kinder in einem UN-Geflüchteten Camp darauf, ihre Mutter wieder zu sehen. „Ich möchte arbeiten, ich möchte Deutsch lernen, aber mein Herz weint jeden Tag. Mein Körper ist in Deutschland, aber mein Kopf ist bei meinen Kindern.“, so Ayana.

Derweil geben sich Politiker*innen offen und unbürokratisch, wenn es um die Aufnahme geflüchteter Frauen und Kinder aus der Ukraine geht. Dieses Verhalten ist begrüßenswert. Gleichzeitig deckt es eine Doppelmoral auf, dass vermeintlich nicht für alle Geflüchteten die gleiche Rechte gelten. Was wir heute, am Tag der Familie, und an jedem anderem Tag brauchen ist eine Haltung, die allen Familien ihre Menschenrechte zuspricht und die sich für sie gleichermaßen einsetzt. Dabei sollen ALLE Familien, unabhängig der Herkunft, der Sexualität und der Konstellation, die gleichen Chancen und Rechte genießen. Wir fordern als DaMigra e.V. das Recht auf einen unkomplizierten Familiennachzug und eine solidarische und faire Migrationspolitik weltweit.

Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DaMigra e.V. ist die Interessenvertretung von Migrantinnenselbstorganisationen und ihren Belangen und setzt sich für Chancengerechtigkeit, gleichberechtigte Teilhabe und für die Gleichstellung von Frauen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung in Deutschland ein. DaMigra verfolgt den Ansatz des Antirassistischen Feminismus.

Gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages